



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

West-Marokko deutsch!

Class, Heinrich

München, 1911

urn:nbn:de:gbv:46:1-7727



Flugschriften des Alldeutschen Verbandes, Heft 29



West-Marokko deutsch!

Von
Heinrich Claß



München.
J. F. Lehmann's Verlag.
1911.

VII. A. e. 1729 Nr. 7.



West-Marokko deutsch!

Von

Heinrich Claß

Mit einer farbigen Karte Marokkos.

11.—20. Tausend.



München.

J. f. Lehmanns Verlag

1911.

Preis 50 Pfennig.

Flugschriften des Alldeutschen Verbandes

Preis des einzelnen Heftes 40 Pfg., bei Bezug von 50 Stück 30 Pfg.,
bei 100 Stück 20 Pfg., bei 1000 Stück 15 Pfg. Von Nr. 19-27 10 Pfg.

1. Die geschichtliche Berechtigung des Deutschen Nationalbewußtseins. Festrede, gehalten am 6. September 1896 in Berlin bei dem Alldeutschen Verbandstage von Professor Dr. Heyck.
2. Deutschlands Ansprüche an das türkische Erbe. (Vergriffen.)
3. Die Behandlung der nationalen Minderheiten und die Lage des Deutschtums in Böhmen. Nach einer Rede des Landtags- und Reichsratsabgeordneten Heinrich Prade.
4. Genügt Deutschlands Wehrkraft zur See? Ein Mahnruf.
5. Deutsche Weltpolitik. Von Professor Dr. E. Haffe.
6. Deutschlands Seegefahren. Mit 7 geographischen Tafeln von Bruno Weyer, Kapitänleutnant a. D. Doppelheft.
7. Die deutsche Flotte. Von Vizeadmiral Reinhold Werner. (Vergriffen.)
8. Der Alldeutsche Verband, seine Geschichte, seine Bestrebungen und Erfolge. Von Hugo Grell.
9. Deutschlands Weltstellung und die nächsten Aufgaben deutscher Politik. Von Dr. Ed. Bassenge.
10. Warum die deutsche Flotte vergrößert werden muß. Von Dr. Ad. Lehr.
11. Die slawische Gefahr in der Ostmark. Von Dr. Reismann-Grone.
12. Die deutschen Reichshäfen und das Zollbündnis mit den Niederlanden. Von Dr. Reismann-Grone.
13. Alldeutschland an der Jahrhundertwende 1800—1900. Von Dr. f. Guntram-Schultzeiß (Doppelheft).
14. Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes 1890—1902. (Doppelheft.)
15. Klein-Deutschland, ein Keimbild. Von Dr. jur. fr. Winterstein.
16. Die Bilanz des neuen Kurses. Von Rechtsanwalt Claß.
17. Marokko verloren? Von Rechtsanwalt Claß.
18. Warum brauchen wir Marokko? Von Dr. Joachim Graf v. Pfeil. (Vergriffen.)
19. Ueber Volkserziehung im nationalen Sinn. Von Dr. Julius Ziehen.
20. Nationale Forderungen und Pflichten. Von E. von Liebert.
21. Deutsch-Südwest-Afrika jetzt und später. Von Dr. Joachim Graf von Pfeil.
22. Ueberseepolitik oder Festlandspolitik? Zwei Vorträge, gehalten von Dr. Reismann-Grone und E. von Liebert, Generalleutnant z. D.
23. Rasse und Volkstum. Von Professor Dr. L. Kuhlenbeck.
24. Die Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen. Von Oberlehrer Karl Hensing.
25. Die russische Revolution und das baltische Deutschtum. Von Alfred Geiser.
26. Das Deutschtum in Süd-Rußland und an der Wolga. Von Lic. A. faure.
27. Die dringendste Aufgabe der Polenpolitik. Von Dr. Otto Höpisch.
28. Grenzen Alldeutscher Arbeit. Von Superintendent C. Klingemann. 25 Pfg.

Flugschriften des Alldeutschen Verbandes, Heft 29



West-Marokko deutsch!

Von

Heinrich Claß



München.

J. f. Lehmann's Verlag.

1911.

Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

VII. A. c. 1729 - 7



Handwritten signature or mark

Das am 1. Juli von der Reichsregierung amtlich bekanntgegebene Erscheinen des deutschen Kanonenbootes „Panther“ vor Agadir hat mit einem Schlage die allgemeine Aufmerksamkeit auf die marokkanische Frage gelenkt; nicht allein die Regierungen der beteiligten Mächte sind durch diese Wendung in Anspruch genommen, die öffentliche Meinung der ganzen Welt beschäftigt sich eifrigst mit ihr, was um so begreiflicher erscheint, als gegebenenfalls Folgen von der weittragendsten Bedeutung sich an dies Ereignis knüpfen können.

Im Deutschen Reiche wurde die Entsendung eines Kriegsschiffes nach dem Süden des atlantischen Marokko von der überwältigenden Mehrheit des Volkes mit freudiger Genugtuung aufgenommen, ja man kann fast von Begeisterung sprechen: man erblickt darin nach den langen, langen Jahren des Gehenslassens und Duldens den ersten Schritt zu einer Politik der festen Hand dem Auslande gegenüber, und ist entschlossen, die Regierung bei solcher Politik zu unterstützen.

Es ist im höchsten Grade erfreulich, wie einmütig die öffentliche Meinung sich hinter jene Maßregel stellte, die durch die Notwendigkeit geboten war, gewichtige deutsche Interessen in Süd-Marokko zu schützen, und man kann erwarten, daß die Reichsregierung bei der weiteren Behandlung der marokkanischen Frage sich des Rückhalts bewußt ist, den sie bei dem deutschen Volke hat.

Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß das Erscheinen des kleinen deutschen Schiffes vor Agadir die marokkanische Frage in Fluß bringt, so daß die eingeleiteten Verhandlungen sich von dem nächsten Anlaß — dem örtlichen Schutzbedürfnis der deutschen Reichsangehörigen in Süd-Marokko wegen dort herrschender Unsicherheit — ausdehnen werden auf die endgültige Entscheidung über das Schicksal des Scherifenreiches.

Man weiß heute noch nicht, wie weit die Verhandlungen schon über die Vorbesprechungen hinaus gediehen sind — aber das ist gewiß: die Dinge drängen zur Entscheidung; die ewige Unsicherheit im Scherifenreiche muß ein Ende finden, die seit Jahren immer wiederkehrende Beunruhigung Europas durch die marokkanische Frage muß beseitigt werden.

Einerlei, ob morgen oder in Wochen oder Monaten, die Entscheidung über Marokko fällt, unsere öffentliche Meinung muß sich darüber klar sein, welche Interessen für unser Volk dabei auf dem Spiele stehen, welche Forderungen demgemäß erhoben werden sollen.

Der Erörterung dieser Fragen dient diese Flugschrift. Wenn sie von dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes verfaßt ist und von dem Alldeutschen Verbande herausgegeben wird, so nehmen beide die Berechtigung hierzu aus dem Umstande, daß der A. D. V. seit einem Jahrzehnt sich mit der Marokkanischen Frage angelegentlichst beschäftigt, daß er bestimmte Forderungen vor der Öffentlichkeit schon verfochten hat, als man bei uns von Marokko noch nichts wissen wollte, daß endlich der Verfasser berufen war, wiederholt die alldeutsche Auffassung von der marokkanischen Frage in Wort und Schrift zu vertreten.

Der Plan dieser kurzen Schrift ist der:

zunächst durch die Wiedergabe des wesentlichen Inhalts einer Flugschrift aus dem Frühjahr 1904 die Bedeutung der marokkanischen Frage für das Deutsche Reich und Volk zu umschreiben;

dann einen knappen geschichtlichen Überblick von jenem Zeitpunkt bis zum 1. Juli 1f. J. zu geben;

endlich die Forderungen des Tages zu stellen und die sich aus der Lage ergebenden Möglichkeiten zu erörtern.

Der Verfasser und seine alldeutschen Freunde hoffen, daß die Ereignisse es mit sich gebracht haben, daß ihre Auffassung von der Marokkanischen Frage, die einst der Gegenstand mancher Anfeindungen und Anklagen war, jetzt von weitesten Kreisen im Reiche geteilt wird; sie wollen nicht alte Gegner bekehren,

sondern den Weg zeigen, der zur Ehre und zum Nutzen unsers Volkes beschritten werden sollte, und es kommt ihnen heute wie immer nur auf eines an: unserem Vaterlande zu dienen.

* * *

Seit Jahren weist der Alldeutsche Verband auf die weltpolitische Bedeutung Marokkos hin, und, seit es sich gezeigt hat, daß das unglückliche Land unter der Regierung seines eingeborenen Herrscherhauses nicht zur Ruhe und Ordnung kommen kann, hat er die Forderung gestellt, daß bei einer Auseinandersetzung der Mächte über Marokko das Deutsche Reich in erster Reihe berufen sei, Ansprüche anzumelden und durchzusetzen.

Wir waren der Überzeugung, daß der russisch-japanische Krieg und die Tatsache, daß England und Frankreich neben den kriegführenden Mächten am nächsten an den Vorgängen in Ostasien beteiligt waren, den deutschen Staatsmännern die erwünschte Gelegenheit bieten werde, ihre Staatskunst zu zeigen, und wir hielten es für selbstverständlich, daß der damalige Reichskanzler als amtlicher Verkünder und Wahrer deutscher Weltpolitik diese glänzende und vom Schicksal uns geschenkte Gelegenheit, wirklich Weltpolitik zu treiben, sich nicht entgehen lassen würde.

Jedoch, was am allerunwahrscheinlichsten schien, ist geschehen: Frankreich und England, die in Ostasien sich als Gegner im zweiten Gliede gegenüberstanden, setzten sich im Jahre 1904 über die zwischen ihnen schwebenden Streitfragen auseinander, wobei Frankreich Marokko zugespielt erhielt, Spanien bei der Auseinandersetzung außer acht gelassen wurde und das Deutsche Reich von den beiden Vertragsmächten auf die Stufe Spaniens herabgedrückt wurde, indem man es auch nicht zu den Verhandlungen zuzog, obwohl Frankreich noch im Spätherbst des Jahres 1903 in Berlin wegen der Auseinandersetzung über Marokko angefragt und damit anerkannt hatte, daß man ohne das Deutsche Reich die marokkanische Frage nicht lösen könne.

Wir sahen uns übergangen, auf eine Stufe mit Spanien

1*

gestellt, sahen uns betrogen um einen Besitz, auf den wir ebensoviel Anspruch hatten wie Frankreich, — dies alles, obgleich dereinst verkündet wurde, keine große Entscheidung dürfe mehr fallen in der Welt, ohne daß der Deutsche Kaiser mitrede.

Hier handelte es sich um eine weltpolitische Entscheidung allerersten Ranges; ein Gebiet von welt- und wirtschaftspolitischer Bedeutung sollte vergeben werden, das letzte freie Stück Gotteserde, das für uns unentbehrlich war und ist.

Dagegen trat der Alldeutsche Verband im Frühjahr 1904 mit aller Entschiedenheit auf und er hat seitdem immer, sobald eine neue Wendung im Schicksal des Scherifenreiches sich ankündigte, seine Stimme erhoben. Denn er war durchdrungen von der Überzeugung: Marokko kann und darf uns nicht verloren sein; die politische Weltlage, die Notwendigkeit deutscher Festsetzung in Marokko werden die Mittel an die Hand geben, für uns zu sichern, was eine selbstsichere und weitschauende Staatskunst niemals durch Unentschlossenheit und Zaudern hätte aufs Spiel setzen dürfen.

Welche Gesichtspunkte den Alldeutschen Verband im politischen Aufklärungskampfe um die Besitzergreifung Marokkos — wir beschränken uns sofort auf Westmarokko, das atlantische Marokko — leiteten und politisch notwendig, sittlich gerechtfertigt und tatsächlich durchführbar erscheinen ließen und lassen, sei im nachfolgenden dargelegt.

Da es sich um eine Flugschrift handelt, muß es in aller Kürze geschehen; es wird manches als bekannt vorausgesetzt werden dürfen und es werden die Leser mit statistischen Zahlen über Ein- und Ausfuhr verschont werden können: so erfreulich deren Ergebnisse sind, sie treten zurück gegenüber dem, was Marokko als Absatzmarkt unserer Industrie, als Volksbesiedelungsgebiet, Fundstelle wichtigster Erze und als Pflanzungsland werden kann — nein **soll**.

Die wichtigste Erscheinung im politischen Leben des deutschen Volkes seit dem Jahre 1871 ist die Tatsache, daß es eine starke Vermehrung aufzuweisen hat; der Geburtenüberschuß ist, wie

allgemein bekannt sein sollte, in den letzten Jahren bis über 800 000 Köpfe im Jahr gestiegen, beträgt jetzt nahe an 900 000 und wird in absehbarer Zeit wohl auf 1 000 000 anwachsen.

Diese Grundtatsache kam bisher in unserer auswärtigen Politik nicht zum Ausdruck — und doch sollte unsere ganze äußere Politik davon ausgehen, daraus ihre Folgerungen ziehen, die daraus auf eine weitere Zukunft, als von heute auf morgen, entstehenden Notwendigkeiten erkennen und sich danach einrichten.

Diese Tatsache ist etwas Ursprüngliches, an der auch eine schlechte Politik nichts ändern konnte — die bisher betriebene Ausfuhr-Politik ist ihr gegenüber jedenfalls etwas Abgeleitetes.

Politik machen im höheren Sinne heißt: die Bedürfnisse von Volk und Staat über den Tag hinaus erkennen und beurteilen und in der Gegenwart die Zukunft vorbereiten. So betrachtet, ergibt sich aus der starken Volksvermehrung, mit deren Anhalten auf absehbare Zeit wir rechnen müssen, eine dreifache Möglichkeit für den Augenblick, wo unser deutsches Mutterland seine Kinder nicht mehr ernähren kann, wo sonstwo in der Welt Platz für sie gesucht werden muß.

Entweder sie wandern aus, gleichviel wohin, und gehen dem eignen Volkstum verloren, verstärken dazu seine Gegner und bedeuten so einen doppelten Verlust. Wir wollen hoffen, daß die Zeiten endgültig vorüber sind, wo das zugelassen wird: deutsches Blut sollte nach Bismarcks Werk doch aufgehört haben, der Kulturdünger für fremdes minderwertiges Volkstum zu sein.

Oder sie bleiben im Mutterland, drängen und häufen sich zusammen, bis die Bevölkerungsspannung zu stark wird: eine gewaltsame Ausdehnung wird die Folge sein müssen, die sich in Europa irgendwohin, voraussichtlich nach Osten und Südosten entladen wird. Ein Eroberungskrieg nach jenen Gebieten wäre die Folge, um Neuland zu gewinnen. Dabei wäre von vornherein der Erfolg für unser Volkstum bedenklich. Denn die für die Eroberung in Betracht kommenden Länder sind bevölkert, wenn auch dünner als bei uns, jedenfalls so

dicht, daß die Ansiedlung des deutschen Überschusses auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Die alten Einwohner werden voraussichtlich in der Mehrheit sein — mindestens im Anfang. Die Gefahr liegt nahe — siehe Polen — daß die Deutschen sich vom unterworfenen Volke aufsaugen lassen, entdeutscht werden: dann brauchen wir keinen Krieg zu führen und können sie ebensogut an die Vereinigten Staaten abgeben. Oder das erobernde Reich hat Staatswillen genug, die alten Einwohner zu germanisieren — eine Vermischung unserer Ansiedler mit jenen wäre die Folge, d. h. einer Rassenverschlechterung wäre Tür und Tor geöffnet, die vielleicht im Sinne germanischer Kultur schlimmer ist, als der glatte Verlust von Millionen von Volksgenossen.

Endlich — und das ist die allein verbleibende Möglichkeit im Sinne einer völkischen deutschen Politik — es erkennt die deutsche Staatsleitung beizeiten, daß der Geburtenüberschuß eine Übervölkerung zur Folge haben wird; sie ist aber weitschauend genug, einzusehen, daß diese Übervölkerung nicht abgewartet werden darf, sondern daß beizeiten Gebiete gewonnen und zuge richtet werden müssen, die auswandernde Volksgenossen aufnehmen können, in denen sie ihrem Volkstum erhalten bleiben, sich fortpflanzen können, ohne zu entarten, im staatlichen Zusammenhang mit der Heimat bleibend und dadurch politisch und wirtschaftlich einen Machtzuwachs bedeutend.

Auf diese Art allein wird die — als Beweis der Volkskraft an sich schon erfreuliche — Tatsache der starken Volksvermehrung ausgenutzt werden können.

Hat nun bisher die deutsche Staatsleitung diese ihre wichtigste Aufgabe über den Tag hinaus begriffen? Hat sie uns Neuländer erworben, die zur Volksbesiedelung tauglich sind?

Keine unserer heutigen Kolonien ist hierzu geeignet — auch Südwestafrika nicht, das nicht in der Lage sein wird, große Massen aufzunehmen, wenn es auch in beschränktem Maße für Ackerbau und Viehzucht benutzt werden kann — abgesehen von dem Gewinn von Diamanten, der jedoch nur auf längere oder kürzere Zeit möglich sein wird.

Gibt es nun solche Gebiete, die herrenlos sind oder — was ebensoviel heißt — ohne rechten Herren sind, die für uns geeignet erscheinen? An die wir zu fordern hätten, daß sie dünn bevölkert sind, daß ihre Bevölkerung uns möglichst rassenfremd wäre, deren Klima erträglich, und deren Boden anbauwürdig wäre, die endlich für uns unschwer zugänglich sind.

Kleinasien, Syrien, Mesopotamien sind uns genannt worden, vielleicht von bestimmter Seite ins Auge gefaßt gewesen, auch von ausländischen Politikern, besonders Franzosen wie Delcassé empfohlen worden — aber ihre Besiedlung würde für uns eine unabhängige Seestellung im Mittelmeer voraussetzen, die wir nicht haben; ein ernstes Fußfassen dort würde uns gleichzeitig England und Rußland zu Feinden machen, von der Türkei gar nicht zu reden, die als besonders befreundete Macht anzusehen ist. Also können diese Länder nicht in Betracht kommen.

Es bleibt, soweit man die Weltkarte betrachten mag, nur ein Gebiet übrig: Marokko.

Deshalb sei im nachstehenden geprüft, inwieweit sein Besitz, abgesehen von seinem Wert als unumgänglich notwendiges Siedlungsgebiet von Bedeutung für uns sein würde.

Die Westküste Marokkos hat, wie feststeht, geeignete Häfen, die sich ausbauen lassen, sie hat das Weltmeer vor sich, reiches, fruchtbares Land mit gutem Klima hinter sich — sie liegt für unsere wirtschaftspolitischen Bedürfnisse geradezu im Mittelpunkt.

Dazu kommt, daß jetzt schon bedeutende deutsche Interessen dort vorhanden sind, die bei den ewigen Wirren schweren Schaden leiden; daß unsere Industrie neue, sichere Absatzgebiete braucht; daß schon jetzt bei dem raschen Anwachsen der Bevölkerung Neuland gesichert werden muß, in das die Abwanderung erfolgen kann.

Die Notwendigkeit eigenen Baumwollbaus, der uns unabhängig macht von den Vereinigten Staaten, liegt auf der Hand; Marokko aber bietet hierfür die Möglichkeit.

Es sind reiche Erzlager gefunden worden, die unsere Eisenindustrie für eine weite Zukunft sicherstellen werden; dies ist um so wichtiger, als heute unsere Eisenindustrie auf die Einfuhr vom Auslande, also am letzten Ende auf dessen guten Willen angewiesen ist, während der Besitz Marokkos ihr eigene Ausbeute gewährleisten würde.

Wir gewinnen damit die Verbindung mit unsern eigenen Kolonien in Nord- und Süd-Westafrika. Wir können dem Ausland gegenüber betonen, daß die Fußfassung in Marokko eine Friedensbürgschaft von deutscher Seite bietet, da damit das Bedürfnis nach Siedelland befriedigt ist, dieses Bedürfnis allein aber Deutschland zu einem Angriffskrieg zwingen könnte.

Unserer Kolonialverwaltung würde eine große Aufgabe gestellt, die frisches Leben bringen würde — die, über die Verwaltung hinausgreifend — wohlthätig auf unser ganzes Volk einwirken müßte.

Wenn nun das Bedürfnis des deutschen Volkes aus Gesichtspunkten der Gegenwart und Zukunft die Besetzung Marokkos zwingend notwendig macht, so erwächst unserer Staatsleitung die Pflicht, sie durchzuführen —: die Frage kann lediglich sein, in welchem Umfange.

Nun, das wird nach den obigen Ausführungen klar sein: mit ein, zwei Häfen ist uns nicht gedient; wir müssen die ganze atlantische Küste haben, weil wir uns sonst nicht entwickeln können, weil wir sonst nicht unabhängig von den Mitbesitzern der Küste sind.

Der Besitz der ganzen Küste verlangt naturgemäß aus wirtschaftlichen, politischen, militärischen Gründen das entsprechende Hinterland, schon um deswillen, weil wir es für Volksbesiedlung, zum Baumwollbau und als Absatzgebiet benutzen wollen. Eine taugliche Grenze nach dem Innern bildet der Atlas, so daß in der Hauptsache alles zwischen ihm und dem Meere gelegene Land von uns zu besetzen wäre.

Diese Gesichtspunkte faßte eine kleine Eingabe zusammen, die am 12. April 1904 beim Reichskanzler Grafen Bülow von

der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes eingereicht wurde; sie lautete:

„Der geschäftsführende Ausschuß des „Alldeutschen Verbandes“ hat einstimmig beschlossen, an Euer Exzellenz die Bitte zu richten, alles dafür aufzubieten, daß bei der jetzt vorgenommenen Verfügung der Großmächte über die Zukunft Marokkos auch das Deutsche Reich den ihm zustehenden Anteil erhält.

Wie aus der französischen Presse ersichtlich, wird von seiten Frankreichs der Anspruch Deutschlands auf eine Beteiligung oder Kompensation anerkannt, und hat unser Auswärtiges Amt auch Ansprüche, wenn auch in bescheidenstem Umfange, angemeldet.

Wir halten es für selbstverständlich, daß diese nicht ohne weiteres fallen gelassen werden. Aber wichtiger noch als dieser diplomatische Ehrenpunkt ist das materielle Interesse des deutschen Volkes an der Erwerbung der atlantischen Küste von Marokko und zwar einschließlich des dazu gehörigen Hinterlandes.

Diese Erwerbung ist nötig zur Sicherung des Verkehrs mit unsern Schutzgebieten und Handelsmärkten in Afrika, Ostasien und in der Südsee und wird um so dringlicher, je mehr die Verfügung über den Seeweg durch den Suezkanal in die Hände einer fremden Großmacht fällt.

Diese Erwerbung und zwar nicht nur der Häfen, sondern des gesamten Hinterlandes ist aber auch nötig, weil sie die Ergänzung bilden würde für unsere bisherigen Schutzgebiete, denen ebenso die Möglichkeit einer europäischen Massensiedlung, sowie die einer Massenproduktion von Baumwolle und ähnlichen Rohstoffen fehlt.

Soweit sich dies zurzeit übersehen läßt, bietet Westmarokko für Deutschland die letzte Möglichkeit, auf friedlichem Wege und ohne Eroberungskriege gegen europäische Großmächte in den Besitz von Ländereien zu gelangen, die für die deutsche Ausdehnung geeigneter sind als alle bisherigen überseeischen Erwerbungen Deutschlands.

Wie verhängnisvoll es sein würde, sich mit der Theorie

der offenen Tür abspesen zu lassen, zeigen die Klauseln des Vertrags zwischen Frankreich und England, nach denen die Handelsfreiheit in Marokko nur an England und nur für eine beschränkte Zeit gewährleistet werden soll.

Wir sind auf das tiefste davon durchdrungen, daß die Versäumnung der jetzt sich darbietenden Gelegenheiten vor unserer wirtschaftlichen und politischen Zukunft nicht verantwortet werden könnte und daß diese Versäumnung ein Fehler sein würde von gleicher verhängnisvoller Bedeutung wie seinerzeit der Zanzibar-Vertrag und später der Vertrag mit England über die portugiesischen Besitzungen in Afrika."

* * *

Es ist bekannt, daß im Frühjahr 1904 die Reichsregierung keine Anstrengungen gemacht hat, um die gegenwärtigen und zukünftigen deutschen Interessen in Marokko gegen Frankreich zu wahren; damals verkündete Graf Bülow im Reichstag, daß unser Interesse mit der „offenen Tür“ erschöpft sei, und stellte sich so, als ob er daran glaube, daß Frankreich uns die Tür in Marokko offenhalten werde; es ist bekannt, daß er damals den Abgeordneten Grafen Reventlow, der die deutschen Ansprüche auf Marokko tapfer und wirksam vertrat, mit der banalen Redewendung abtun wollte, „ob er wegen Marokkos vom Leder ziehen solle?“

Ein Jahr später, im Frühjahr 1905, machte unsere auswärtige Politik die Entdeckung, daß durch Frankreichs Vorgehen sowohl die Selbstherrlichkeit des Sultans von Marokko, wie die „offene Tür“ für uns in seinem Lande bedroht sei, und man erklärte, das englisch-französische Abkommen, das ein Jahr vorher ohne Mitwirkung des Deutschen Reiches geschaffen worden sei, gehe uns nichts an. Um dieser Auffassung der Reichsleitung möglichst wirksamen Ausdruck zu geben, ging der Kaiser, auf der Mittelmeerreise begriffen, am 31. März 1905 in Tanger ans Land, wo er von Abgesandten des Sultans begrüßt wurde und in seiner Ansprache mit aller Deutlichkeit die Erhaltung der Selbstherrlichkeit des Sultans und der offenen Tür als die Ziele der

Deutschen Politik verkündete. In Verfolg dieser Haltung des Reichs entstand eine Spannung mit Frankreich, und es ist unbestritten, daß im Sommer 1905 der Ausbruch des Krieges unmittelbar bevorstand. Es ist auch bekannt, daß damals das auf den Krieg ebensowenig wie heute begierige Frankreich sich zu Verhandlungen über Marokko bereit erklärt hat, daß der Reichskanzler, inzwischen zum Fürsten Bülow erhoben, solche ablehnte und die Einberufung einer Konferenz verlangte. Es ist bis heute noch nicht klar, was die wahren Gründe dieser völlig unverständlichen Haltung Bülows waren; wenn auch der französische Minister Rouvier, nach Delcassé's Sturz Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, keinen bestimmten Vorschlag über die Verhandlungen zwischen beiden Nachbarn machen ließ, so hätte doch die allgemein angekündigte Bereitwilligkeit dazu als erster Schritt auf dem Wege einer deutsch-französischen Verständigung betrachtet werden sollen, die, nachdem England durch sein Abkommen mit Frankreich ausgeschieden war, wohl zu einer Aufteilung Marokkos zwischen Deutschen und Franzosen hätte führen können. Fürst Bülow zog einen anderen Weg vor und erzwang auf die Gefahr eines Krieges hin eine internationale Konferenz; diese trat am 16. Januar 1906 in Algésiras zusammen und förderte in langwierigen Verhandlungen die sog. Algésiras-Akte zutage, die am 7. April unterzeichnet wurde.

Es wird wohl heute von keiner Seite mehr bestritten werden, daß die Politik des Fürsten Bülow so unglücklich wie möglich war, und daß sie während der Verhandlungen in Algésiras das Deutsche Reich in einer höchst unerfreulichen Vereinsamung zeigte; Frankreich sah alle Mächte auf seiner Seite, einschließlich unseres sog. Bundesgenossen Italien — nur Österreich gewährte uns widerwillige, und wenig wirksame Unterstützung. Dementsprechend waren die Ergebnisse: die deutschen Anträge wurden regelmäßig abgelehnt, die französischen angenommen; nur nebenbei sei erwähnt, daß dies Spiel sich später im kleinen in Tanger bei den Beratungen der dort beglaubigten Gesandten der Algésiramächte wiederholte, indem immer der deutsche Vertreter,

einerlei, um was es sich handelte, auch wenn er sachlich noch so sehr im Rechte war, der geschlossenen Gegnerschaft aller übrigen gegenüberstand, abgesehen von dem Vertreter Oesterreichs, immer aber bekämpft von Italien, das mit Frankreich durch dick und dünn ging.

Die für die weitere Entwicklung wichtigsten Abmachungen der Algesiras=Äkte waren folgende:

der dreifache Grundsatz der Souveränität des Sultans, der Integrität seiner Staaten und der Gleichheit der Behandlung in kommerzieller Hinsicht

wurde allgemein anerkannt, und es wurden Abmachungen wegen der Errichtung der Polizei, gegen den Waffenschmuggel, betr. Schaffung einer Staatsbank und die Ordnung der Steuern und Zölle getroffen. Von grundlegender Bedeutung für die Beurteilung des weiteren Verhaltens der Franzosen ist die bedingungslose Anerkennung der Selbstherrlichkeit des Sultans und der Unversehrtheit seiner Länder.

Gegen diese beiden Grundsätze hat Frankreich, man kann sagen jeden Tag, seit der feierlichen Verkündung der Algesiras=Äkte verstoßen; seine Gründe zu einseitigem Vorgehen waren billig wie Brombeeren: heute waren es Thronstreitigkeiten in dem Herrscherhause, morgen Angriffe gegen französische Staatsangehörige, übermorgen das allgemeine Bedürfnis, Ordnung zu stiften — kurz vom Mittelmeer, von der algerischen Grenze, vom atlantischen Ozean her drang es unaufhaltsam vor und besetzte nach und nach weite Gebiete des „unversehrten“ Marokko. Immer selbstverständlich nur ganz vorübergehend, nur um Ordnung zu stiften — nur merkwürdig, daß die Ordnung dort, wo Franzosen sich zeigen, ganz aus dem Leim geht, so daß das kulturspendende Frankreich, um dessen Ordnung zu Hause es doch recht mangelhaft bestellt ist, nicht aus dem Lande weichen darf, sondern immer mehr sich festsetzen muß. Daß hier ein tiefer Sinn im kindischen Spiele ist, kann bei der frivolen Folgerichtigkeit, mit der Frankreich vorgeht, nicht bezweifelt werden, und nur ganz Naive haben noch nicht erkannt, daß Frankreich

nur die Absicht hat: abgesehen von einer Abfindung Spaniens mit einem kargen Teile ganz Marokko für sich mit Beschlag zu belegen. Wiederholt ergaben sich infolge des herrischen Auftretens der Franzosen Widersprüche zwischen der deutschen und der französischen Politik; es sei nur an die Beschwerden Mulay Hafids im Anfang seiner Regierung und an den Fall von Casablanca erinnert — wiederholt schien unser auswärtiges Amt einen Anlauf zu festerer Haltung nehmen zu wollen, um dann jeweils nachzugeben, wie von gut Unterrichteten behauptet wird, weil man immer noch nicht an der Möglichkeit verzweifelte, Frankreich zu versöhnen.

Hand in Hand mit dem machtpolitischen Vordringen Frankreichs ging das Bestreben, sich wirtschaftliche Vorteile zu sichern, sei es bei der Vergabung von öffentlichen Arbeiten, sei es bei Anleihen, Lieferungen usw.; die deutschen Wettbewerber sehen sich zurückgesetzt, so daß auch die „kommerzielle Gleichheit“ zu Frankreichs Vorteil tatsächlich aufgehoben war.

Immer tiefer verstrickte Frankreich den Sultan in seine Schlingen; die Beschiesung von Casablanca, die Besetzung der Schauja im Frühjahr 1908 boten die Handhabe, Mulay Hafid, der seinen schwachen Bruder Abdul Asis beseitigt hatte, auch finanziell niederzuzwingen: Frankreich erkannte ihn nur an gegen die Verpflichtung, die Kosten der französischen Kriegszüge zu erstatten.

Wie sehr die Reichsregierung alles Interesse an Marokko verloren hatte, bewies das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909, worin wir „die besonderen politischen Interessen“ Frankreichs anerkannten, während wir uns beschieden, ausschließlich wirtschaftliche Interessen dort zu haben, deren Beachtung Frankreich wiederholt zusicherte.

Daß dies von ihm nicht ehrlich gemeint war, bewies sehr bald der Streit um die Bergrechte der Gebrüder Mannesmann; diese weitblickenden und tatkräftigen Unternehmer hatten rechtzeitig den Erzreichtum Marokkos erkannt und beschlossen, ihn soweit möglich für die Industrie ihrer Heimat zu sichern; es

gelang ihrer Klugheit und Geschicklichkeit, von beiden Sultanen ausgedehnte Rechte zu erwerben. Aber Frankreich bestritt ihre Rechtsgültigkeit in der Absicht, den Deutschen die wirtschaftlichen Vorteile aus der Ausbeute der marokkanischen Minen zu entziehen. Obwohl nun die Gebrüder Mannesmann sich auf die Gutachten allererster Gelehrter und Sachverständiger stützen konnten, fanden sie doch bei der Reichsregierung keine Unterstützung, ja man kann ruhig sagen, daß sie Frankreich gegenüber preisgegeben wurden — freilich ohne sich dadurch entmutigen zu lassen.

Im Laufe des Jahres 1910 fuhr Frankreich mit besonderem Eifer in seiner Kulturtätigkeit fort, und man wird sich erinnern, daß einige große deutsche Tageszeitungen wiederholt Karten veröffentlicht haben, auf denen die fortschreitende „pénétration pacifique“ anschaulich gemacht war. Am die Wende des Jahres 1910 auf 1911 war gut die Hälfte Marokkos in französischer Hand, leicht begreiflich die strategisch und wirtschaftlich wertvollsten Teile, wobei Udschda, Casablanca mit der reichen Schauja, das wichtige Taza erwähnt seien — und merkwürdig, wohin immer die Franzosen zur Herstellung der Ordnung gekommen waren, sie mußten dortbleiben, weil die Ordnung trotz ihrer sorgsamem Tätigkeit nicht wiederkehren wollte; bezeichnend für dieses Vorgehen ist es z. B., daß die Besetzung der Schauja im April 1908 begann, daß, wie in allen ähnlichen Fällen, die Zurückziehung französischer Truppen wiederholt feierlich angekündigt wurde — daß aber in Wirklichkeit die Truppen fortgesetzt tiefer ins Land eindringen — alles um der Ordnung willen.

* * *

Das Auftreten der Franzosen, die sich ganz als Herren gebardeten, hatte die Wirkung, daß in der Bevölkerung ein wilder Haß gegen diese Bedrücker entstand; man weiß in Marokko, wie Frankreich mit seinen kolonialen Untertanen umzugehen beliebt und kennt von Algier her die Folgen seiner Kulturtätigkeit, die ausgeht von dem Grundsatz „empauvrir les indigènes“. Dazu kam, daß die Sultane, sowohl Abdul Asis wie Mulay Hafid, der

Verachtung ihrer Untertanen verfielen, weil sie dem französischen Treiben nicht wehren konnten.

Aus diesen beiden Quellen fließen die Ursachen der Unruhen, die das Land unaufhörlich erschüttern, und zwar in höherem Maße als je zuvor, und es bedeutet einen eigenartigen Erfolg der „pénétration pacifique“, daß Marokko nie friedloser war, als seit der Zeit, wo die Franzosen es übernommen haben, für seine Ruhe zu sorgen. So spitzte sich die Lage von Tag zu Tag zu; in diesem Frühjahr behaupteten die Franzosen, eine ihrer Kolonnen sei gefährdet und die Europäer in der Hauptstadt Fes sähen sich von der Außenwelt abgeschnitten, ja fürchteten für ihr Leben. Obwohl beides unrichtig war, obwohl andere Regierungen nichts von der Gefährdung ihrer Untertanen in Fes wußten, warf Frankreich starke Truppenmassen nach Marokko, die auf Fes marschierten und dort als „Befreier“ erschienen — freilich fanden sie niemanden vor, den sie hätten befreien können, denn die Stadt und ihre Umgebung war ganz ruhig. Aber aus diesem Befreiungszuge ergab sich die Notwendigkeit zu weiteren Kulturtaten: um den Sultan zu sichern, mußten Befestigungen angelegt werden, wurden Heeresabteilungen weiter im Lande verteilt — kurz es geschah alles, nur das eine nicht, daß nach der Rettung des angeblich gefährdeten Truppenteils und nach der Befreiung von Fes die französischen Truppen zurückgezogen wurden.

Dies Treiben Frankreichs mußte auch die letzten Zweifel darüber beseitigen, daß seine Absicht dahin geht, Marokko in Besitz zu nehmen.

Hierdurch sah sich Spanien, das, soweit von Rechten die Rede sein kann, jedenfalls ältere Ansprüche hat als Frankreich, veranlaßt, Truppen in Larrasch zu landen, und die Welt erlebte jetzt das köstliche Schauspiel, daß die Franzosen die Anklage erhoben, Spanien verleihe die Algesiras-Akte.

Hierin lag Humor, gewiß — aber wesentlich war doch die ernste Tatsache, daß Spaniens Eingreifenden Anfang der tatsächlichen Aufteilung Marokkos

ankündigte, der Aufteilung, weil die Beute nicht Frankreich allein überlassen wurde. Inwieweit Spanien nach seinem Geheimvertrag mit Frankreich, der besteht, aber seinem Inhalt nach noch nicht bekannt ist, beteiligt werden soll, ist unbekannt, aber dem Umstande gegenüber gleichgültig, daß die tatsächliche Aufteilung in Angriff genommen ist.

Dies war die Sachlage, als die Reichsregierung, veranlaßt durch die Hilferufe der in Südmarokko, besonders in der Landschaft Sus ansässigen Deutschen, sich entschloß, ein Kriegsschiff nach Agadir zu schicken. Diese selbstverständliche, nach keiner Richtung hin zu beanstandende Maßregel fand in Frankreich eine Aufnahme, die sehr nach dem Sprichworte schmeckt „man sucht keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahintergesteckt hat“. Dasselbe Frankreich, das die Algésiras-Akte mit stetem Eifer als Luft behandelt und eine besondere Fertigkeit in dem Erfinden von Anlässen ausgebildet hat, die sein weiteres Vordringen im Lande begründen sollen — dies Frankreich will an den Schutzcharakter der deutschen Maßnahme nicht glauben; seine öffentliche Meinung ist überzeugt davon, daß sie nur bezwecke, dem Deutschen Reiche seinen Anteil an der Beute zu sichern.

Diese französische Auffassung, zusammen mit dem Vorgehen Spaniens und den eigenen Absichten Frankreichs wird es dahin bringen, daß jetzt die endgültige Regelung der marokkanischen Frage herbeigeführt wird.

Durch die französischen Blätter schallt der Ruf, man wolle wissen, was das Deutsche Reich verlange; dann könne man mit ihm verhandeln; man spricht von „Kompensationen“ für uns und liest, daß als solche bald der französische Kongo vorgeschlagen wird, bald ein oder mehrere Häfen an der Westküste Marokkos; es ist auch die Rede von einer neuen Konferenz, und endlich setzt man sich aufs hohe Ross und verlangt, daß vor der Einleitung irgendwelcher Verhandlungen das deutsche Kriegsschiff zurückgezogen werde, damit der der Algésiras-Akte entsprechende Zustand wieder hergestellt werde.

Es wird nützlich sein, daß die öffentliche Meinung des Deutschen Reiches die Antwort nicht schuldig bleibe; und wir glauben, sie sollte folgendermaßen lauten:

Auch wir meinen, daß die Lage in Marokko ganz unhaltbar geworden ist — unhaltbar gerade durch Frankreichs Vorgehen; im Hinblick darauf und auf die zu wahrenen deutschen Interessen sind auch wir der Ansicht, daß Verhandlungen über die Aufteilung des Landes aufgenommen werden sollen.

Bei diesen Verhandlungen muß von vornherein klar sein, daß das deutsche Volk eine Konferenz nicht will; kein „internationales Forum“ darf über die deutschen Ansprüche entscheiden, sondern es ist nur mit den beteiligten Mächten zu verhandeln.

Daran, daß unser Kriegsschiff zurückgezogen werde, ist nicht zu denken; verlangt Frankreich dies, so lautet die Antwort, daß dieses und Spanien alle Truppen und Schiffe zurückziehen müssen.

Eine Entschädigung oder Abfindung außerhalb Marokkos, sog. „Kompensationen“ sind unannehmbar.

Mit einem Hafen an der Westküste Marokkos, sei er gedacht als Sitz deutschen Handels oder als Flottenstützpunkt, ist uns nicht gedient, sondern wir müssen haben: **ein den deutschen Notwendigkeiten genügendes Gebiet, eine Kolonie!**

Diese Leitsätze, die, zum Gemeingut unserer öffentlichen Meinung geworden, Berücksichtigung heischen würden, lassen sich einwandfrei begründen.

Zunächst ist es klar, daß ein seiner Selbstherrlichkeit bewußter Staat von den Machtmitteln des Deutschen Reiches es ablehnen muß, über die Bedürfnisse seiner Politik andere entscheiden zu lassen. Wir haben den Gedanken der Algesiras-Konferenz dem Fürsten Bülow gegenüber immer bekämpft, und die Lehren von Algesiras haben uns Recht gegeben; aber diese

Erfahrungen kommen heute gar nicht in Betracht, weil es sich heute nicht um die Ordnung fremder Angelegenheiten handelt, wie dies hinsichtlich des „souveränen und integren“ Marokko um die Jahreswende 1905 auf 1906 der Fall war, sondern um die Gestaltung unserer eigenen Stellung in dem aufzuteilenden Marokko. Darüber haben wir allein zu entscheiden und wir müssen es tun nach Maßgabe des politischen Bedürfnisses, das uns veranlaßt, bei der Aufteilung mitzuwirken, im Hinblick auf unsere politische Zukunft, in Rücksicht auf die allgemeine politische Lage und gestützt auf unsere Machtmittel.

Ergeben sich bei dieser selbstherrlichen Behandlung der Angelegenheit Widersprüche mit den Bestrebungen anderer Nationen, so werden wir mit ihnen verhandeln und mit ihnen einig zu werden suchen.

Auch der Friedfertigeste im Reiche wird heute wissen, daß eine Konferenz von Mächten, die dem Wachstum und dem Ausdehnungsbedürfnis des Deutschen Reiches mißgünstig gegenüberstehen, für uns nur eine Quelle von Verwicklungen sein kann: denn wir könnten uns dem fremden Willen, uns niederzuhalten, nicht unterwerfen, ohne uns aufzugeben; die Konferenz würde also, statt Gutes zu stiften, nur den Anlaß ernstester Auseinandersetzungen abgeben, so daß — abgesehen von der oben dargelegten grundsätzlichen Ablehnung — aus Gründen der Zweckmäßigkeit dagegen aufzutreten ist.

Als beteiligte Mächte kommen Frankreich und Spanien allein in Betracht, da England durch das englisch-französische Abkommen des Jahres 1904 in Gestalt der Überlassung Egyptens seinen reichen Gegenwert erhalten hat. Mit Frankreich und Spanien werden wir uns leicht einigen können; sollte England sich trotzdem einmischen, so sind seine Absichten klar und über die dann sich ergebende Lage soll später einiges gesagt werden.

Daß die französische Regierung soviel, wir wollen sagen, Selbstvergessenheit besitzen sollte, die Zurückziehung unseres, dem Schutze gefährdeter Reichsangehöriger dienenden Schiffes zu

verlangen, halten wir für ausgeschlossen; geschähe es, so gibt es nur eine Antwort: Frankreich und Spanien müssen den letzten Mann aus dem Lande, das letzte Schiff von den Küsten entfernen, und es wird unser westlicher Nachbar dann Gelegenheit haben, seine, von ihm selbst gern gepriesene „Loyalität“ zu beweisen. Aber diese Forderung französischer Blätter ist so wenig ernst zu nehmen, daß wir uns damit gar nicht weiter befassen.

Ähnlich steht es mit den großmütigen Vorschlägen, uns mit einem oder mehreren Orten an der Westküste abzufinden oder uns gegen den Verzicht auf Marokko einen Teil oder den ganzen französischen Kongo zu überlassen.

Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: wenn das Deutsche Reich sich um Marokko bemüht, so geschieht es aus zwingenden Gründen wegen der Zukunft unseres Volkes — nicht um eine „Prestige-Politik“ zu betreiben, wie sie in Frankreich gang und gäbe ist, auch nicht um unsere erfreulichen und jedenfalls sehr ausdehnungsfähigen Handelsinteressen zu wahren. Der treibende Anlaß ist die oben dargelegte Notwendigkeit, für unseren Bevölkerungsüberschuß ein Gebiet zu sichern, in dem die abfließenden Volksgenossen als Deutsche unserm Vaterlande erhalten bleiben. Dieser Notwendigkeit kann eine tropische Kolonie nicht dienen — solcher haben wir genug, und wir lehnen den tropischen Kongo dankend ab; daß ein oder mehrere Häfen dem gedachten Zwecke nicht genügen, braucht gar nicht erörtert zu werden.

* * *

Wir haben oben die allgemeinen Gesichtspunkte dargelegt, die eine deutsche Kolonie Marokko als notwendiges Ziel der deutschen Politik erscheinen lassen, und haben dabei den Gedankengang wiedergegeben, der in unserer Flugschrift aus dem Frühjahr 1904 entwickelt war.

Alles, was damals ausgeführt wurde, hat auch heute noch seine Geltung, aber entsprechend der genaueren Kenntnis des

Landes, seiner Bedeutung, seiner Brauchbarkeit, können heute noch weitere Gründe geltend gemacht werden.

Zunächst sei auf die militärische Bedeutung des Besitzes eines Teiles von Marokko hingewiesen; dabei ist die Erwägung in den Vordergrund zu stellen, daß Frankreich mit der ernstesten Absicht umgeht, **bei seinem nächsten Kriege eingeborene Truppen aus Afrika zu verwenden.**

— Da als Gegner in diesem Zukunftskriege von französischer Seite zweifellos in erster Reihe an das Deutsche Reich gedacht wird, kommt diese Verstärkung der französischen Wehrmacht also in der Hauptsache uns gegenüber in Betracht, und wir haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß diese Verstärkung nicht eintritt.

Frankreich hat an dem Besitze Marokkos unter diesem Gesichtspunkte ein doppeltes Interesse: Einmal vergrößert es sein Aushebungsgebiet für afrikanische Truppen und zweitens ist durch den Besitz dieses Aushebungsgebietes gleichzeitig im Falle eines europäischen Krieges Algier gesichert, **und es kann die ganze afrikanische Mannschaft nach Europa geworfen werden.** Dies ist unmöglich, wenn Marokko selbständig bleibt, und erst recht, wenn ein Teil davon deutsch wird; denn in beiden Fällen könnte Frankreich nicht daran denken, auch nur Algier zu entblößen.

Die genauesten Kenner des Landes nun sagen, daß das Menschenmaterial, das Algier und ein französisches Marokko Frankreich gegebenenfalls zur Verfügung stellen könnte, geradezu vorzüglich ist und jedenfalls den einheimischen Soldaten weit überlegen wäre. So betrachtet kann man die Beharrlichkeit verstehen, mit der die Franzosen an der Gewinnung Marokkos arbeiten: Es kommt ihnen nicht auf eine „pénétration pacifique“ an, auch nicht auf eine Handelskolonie, **sondern in der Hauptsache auf die Gewinnung eines an brauchbaren, kriegerischen Menschen reichen Aushebungsgebietes,** und daraus ergibt sich sofort, daß wir dieser Absicht entgentreten müssen.

Das sicherste Mittel hierzu ist aber eine deutsche Kolonie West-Marokko, die Frankreich nicht

erlauben wird, eingeborene Truppen nach Europa hinüberzuwerfen.

Von Bedeutung ist ferner die Tatsache, daß ein großer Teil des landwirtschaftlich vortrefflichen Bodens, der für Baumwollanbau wie geschaffen ist, nicht im Privateigentum steht, sondern Maghzen-Land ist, d. h. der Regierung oder dem Herrscher gehört. Die zukünftige Regierung, nach unseren Wünschen also das Deutsche Reich, wäre mit einem Schlage Eigentümer gewaltiger Ländereien, deren Wert für Süd- und West-Marokko ein französischer Volkswirt neuerlich auf 3 Milliarden Franken berechnet hat; sie wäre also in der Lage, eine großartige Siedelungspolitik zu betreiben, bei der in großem Maßstabe praktische Bodenreform angewandt werden könnte.

Welch ein Segen sich hieraus ergeben könnte, braucht nicht geschildert zu werden!

Nicht unerwähnt bleibe auch, daß Süd-West-Marokko ein geradezu wunderbares Klima hat, so daß weite Teile als geradezu vorherbestimmte Heilstätte gegen Lungentuberkulose bezeichnet werden können; die Unterbringung von Kranken dort hätte den großen Vorzug, daß das Klima ihnen stete Arbeit erlaubt und daß, soweit dieser Heilfaktor in Betracht kommt, die beste Gewähr für dauernde Genesung geboten würde.

* * *

Gegenüber diesen politischen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen Vorzügen, die den Wert des Landes zusammen mit den oben geschilderten ganz außer Frage stellen, werden nun einige Bedenken geltend gemacht, die der Vollständigkeit halber hier gestreift und widerlegt werden sollen:

Es wird behauptet, daß eine deutsche Besitzergreifung in West-Marokko unser Vaterland schon um deswillen in ein unabsehbares Abenteuer verwickeln werde, weil wir schwere Kämpfe mit den Eingeborenen erwarten müßten. Nichts ist unrichtiger als dies: der Deutsche ist im Lande angesehen, ja beliebt; so verhaßt die französische Herrschaft ist, so sehr wird die deutsche er-

sehnt, denn man erwartet von ihr Gerechtigkeit und Wohlwollen, Dinge, die auf seiten Frankreichs seiner Kolonialbevölkerung gegenüber ausgeschlossen sind.

Der Sultan selbst ist noch heute ein Freund der Deutschen, und es ließe sich mit ihm unschwer eine Vereinbarung treffen, die ihm gewisse Ehrenrechte und Einkünfte sichert; dann würde sein ganzer Einfluß zugunsten einer deutschen Oberherrschaft aufgeboten werden.

Die Kaid's im Lande sind durchaus deutschfreundlich und verlässlich und würden ein deutsches Vorgehen aufs freudigste begrüßen. Man muß sich nun eine deutsche Besitzergreifung in Marokko nicht so vorstellen, daß wir sofort große Truppenmassen in das Land werfen und eine ausgebaute Verwaltung einrichten müßten; im Gegenteil, nur das Nötigste von Beamten und Soldaten sollte hinüber, und man müßte es fertigbringen, mit schwächstem Aufgebot die Ordnung herzustellen und zu erhalten.

Nach allen Lehren, die unsere Kolonialverwaltung in 30jähriger Arbeit gewonnen hat, verfügen wir über Beamte, die es verstehen werden, unter Achtung der Sitten und Gebräuche des Landes die Geschäfte zu besorgen, dabei der Mithilfe der Kaid's sich bedienend.

Dies Bedenken, in einen Kolonialkrieg verwickelt zu werden, ist also hinfällig, und das Gleiche gilt inbezug auf den Einwand, der jetzt besonders von der sozialistischen Presse geltend gemacht wird: Man behauptet, bei dem Verlangen nach Wahrung der deutschen Interessen in Marokko handle es sich nur um großkapitalistische Mächenschaften, die das eigentliche Volk gar nichts angingen. Wie unrichtig dies ist, ergibt sich schon daraus, daß Marokko in erster Reihe als Volkssiedlungsgebiet in Betracht kommt — also wirklich dem Volke im weitesten Sinne gewonnen und eröffnet werden soll.

Daß gleichzeitig dasselbe Land durch seinen Reichtum an Erzen und seine Eignung zum Baumwollbau industriellen Zwecken dienen wird, verschlägt an der Hauptbedeutung nichts, sondern hebt den Gesamtwert für unser Vaterland; dies ist bei der wirtschaftlichen Bedeutung unserer Eisenindustrie von vorn-

herein klar und springt auch hinsichtlich der Baumwolle in die Augen, für die wir heute ans Ausland, besonders an die Vereinigten Staaten, rund 500 Millionen Mark im Jahre abzugeben haben.

Erwähnt sei auch, daß der Alldeutsche Verband bei seinem Eintreten für eine Volksiedelungs-Kolonie in Marokko hie und da dem Einwurf begegnete: wozu? Die alte Heimat ist nicht überbevölkert, sie ist menschenarm, denn der Osten leidet geradezu unter Menschenmangel und die Industrie kommt mit den einheimischen Arbeitskräften nicht aus. Dazu ist zu sagen, daß allerdings zurzeit, um das Menschenbedürfnis von Landwirtschaft und Industrie zu befriedigen, gewaltige Arbeiterscharen aus dem Ausland zugezogen werden müssen; auf diese Weise haben wir an $1\frac{1}{2}$ Millionen Volksfremde im Reiche. Aber das ist an sich ein höchst ungesunder Zustand — und wahrscheinlich ein vorübergehender. Er bestätigt die Tatsache unserer raschen Volksvermehrung nicht, sondern verschärft sie; er schafft die Gewißheit nicht aus der Welt, daß bei der Fortdauer der Volksvermehrung in einem Zeitraum von Jahren, den man fast an den Fingern abzählen kann, die Bevölkerungsspannung unerträglich geworden sein wird.

Und die Hauptsache: Politik treibt man doch nicht von heute auf morgen! Gerade das macht ja den Staatsmann, daß er heute schon das Bedürfnis der Zukunft erkennt und für seine Befriedigung sorgt. Also die unbestreitbare, eigentlich beschämende Tatsache, daß das Reichsgebiet heute für Volksfremde Einwanderungsland ist, spricht nicht gegen eine Politik, die für die Notwendigkeit des nächsten Jahrzehnts Vorsorge treffen will.

Endlich sei noch erwähnt, daß ein wohl sehr enger Kreis, der gewohnt ist, auf Bismarcks Worte zu schwören, von jeder tätigen Marokkopolitik abmahnt, weil Bismarck davon nichts habe wissen wollen; nun, wir Alldeutschen zählen uns zu den getreuesten Verehrern des Toten im Sachsenwalde, aber das kann uns doch nicht hindern, seine Aussprüche als nicht für alle Zeiten und Lagen gültige Gesetze anzuerkennen; daran hätte ein Bismarck

nie gedacht, und er, der es aussprach, daß ein Minister nicht nach einem bestimmten Programm regieren kann, hätte es zu allererst von sich gewiesen, daß gelegentliche Ausprüche von ihm, die durch besondere Umstände des Augenblickes hervorgerufen waren, die Wege der deutschen Politik in weiterer Zukunft festlegen oder vorschreiben wollten. Sein Grundsatz war, seinem deutschen Volke zu nützen und, um dies zu können, die Vorteile der jeweiligen Lage auszubeuten. Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Aufgaben der deutschen Politik seit Bismarcks Rücktritt mannigfaltiger und schwieriger geworden sind — niemand auch, daß die Sorge um geeigneten Volksboden im Vordergrund eines weitschauenden Staatsmannes stehen muß. Ist dies richtig, so wird man sich darüber klar sein, daß Bismarck keine Gelegenheit versäumt hätte, die seinem Volke ein Gebiet eingebracht hätte, das dessen Landhunger auf absehbare Zeit befriedigt.

* * *

Wir haben oben die Überzeugung ausgesprochen, daß sich das Deutsche Reich mit den Franzosen und Spaniern leicht über Marokko verständigen kann — und diese Auffassung ist um so zutreffender, als Frankreich genau weiß, daß es auch bei bösem Willen nicht in der Lage ist, es allein auf einen Krieg mit uns ankommen zu lassen.

Also, soweit Frankreich in Betracht kommt, bietet die Regelung keine Schwierigkeiten; solche können erst entstehen, wenn eine andere Macht sich hinter es stellt und zum Widerstand ermuntert. Für diese Rolle kommt, wie uns scheinen will, nur England in Betracht — und in der Tat schießt es sich an, diese Rolle wirklich zu spielen. Denn die Ausführungen, die der englische Premierminister Asquith am 6. Juli vor dem Parlament gemacht hat, bedeuten, des diplomatischen Drum und Dran entkleidet, und in schlichtes Deutsch übertragen, nichts anderes, als daß England eine Festsetzung des Deutschen Reichs an der Westküste Marokkos nicht zulassen will; die erste Folge dieser Erklärung war eine Verschärfung der Sprache der französischen Presse, und es kann wohl angenommen werden,

daß die französischen Staatsmänner, gestärkt durch englische Zusagen, eine dem Deutschen Reiche unfreundliche Haltung einnehmen werden.

Damit ist die Lage auf einmal ernst geworden, aber es muß mit aller Klarheit ausgesprochen werden, **daß die öffentliche Meinung im Reiche hierfür und für alles, was noch folgt, England allein verantwortlich macht.** Herr Asquith legt Wert darauf, daß die englische Auffassung nicht mißverstanden werde — antworten wir ihm so, daß auch die unsrige ganz unzweideutig ist:

Falls die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten wirklich die Ansicht des Kabinetts wiedergibt und wenn die Absicht besteht, darnach zu handeln, so wäre damit nichts anderes gesagt, als daß Großbritannien den Deutschen den einzigen Landzuwachs nicht gönnt, den sie brauchen können und brauchen; es wäre damit gesagt, daß es unsere 65 Millionen und ihre Nachkommen in den engen Grenzen des heutigen Reiches zusammenpferchen will, ohne Rücksicht auf die Folgen für unser Volk; es wäre endlich gesagt, daß es sich damit eine Art von Vormundschaft über das deutsche Volk anmaßt.

Wir haben schon einmal die Selbstherrlichkeit des Deutschen Reiches hinsichtlich alles dessen betont, was es zum Wohle seines Volkes für nötig hält — gegenüber solcher englischen Einmischung muß das Selbstbestimmungsrecht unseres Vaterlandes dreifach unterstrichen werden. Was geht es England an, wenn wir, dem unbestreitbaren Bedürfnis nach Land folgend, uns dort ein Siedelungsgebiet schaffen wollen, wo es allein noch verfügbar ist?

Mit welchem Recht will es uns daran hindern? Es fürchtet für seine Weltmachtstellung, wenn wir in Marokko am atlantischen Ozean sitzen — wie denn im Ernst englische Zeitungen ausgesprochen haben, eine solche Störung des Gleichgewichts der Seestreitkräfte müßte vermieden werden. Wir wollen nicht an Heinrich von Treitschkes entrüstete Worte über Englands Seeherrschaft erinnern — die Frage aber sei aufgeworfen: wie kommt es, daß England die franzo-

sen an der Westküste Marokkos duldet? Hält es sie für so herabgestiegen von der Höhe einstiger Macht, daß sie ihm ungefährlich erscheinen, während wir als aufsteigendes Reich von ihm gefürchtet werden?

Das wäre an sich für uns ebenso schmeichelhaft, wie für die Franzosen schimpflich, aber wir legen, wo es sich um Lebensfragen dreht, größeren Wert auf gute Behandlung, wie auf freundliche Meinung.

Aber im Ernste: inwiefern soll eine deutsche Kolonie Westmarokko England gefährlich sein?

Wir verfolgen doch dort im wesentlichen wirtschaftliche Ziele: die Gewinnung eines geeigneten Siedlungsgebietes, das gleichzeitig unserer schweren Industrie Erze liefern soll, in dem wir Baumwolle erzeugen wollen, das zum Absatzmarkt unserer heimischen Erzeugnisse entwickelt werden soll.

Was haben alle diese Dinge mit Machtpolitik zu tun? Wie sollen sie das Gleichgewicht der Seestreitkräfte stören können, das zudem gar nicht besteht, da England zur See unbestrittene Vormacht ist?

Es mag sich beruhigen: niemand im Deutschen Reich denkt daran, in Marokko Flottenstützpunkte einzurichten. Man übersehe doch nicht, daß die deutsche Flotte gar nicht in der Lage ist, dorthin einen Teil ihres Bestandes abzugeben — dazu ist sie viel zu schwach, und wird sie auch nach der Durchführung des Flottenbauplans zu schwach bleiben.

Wir können uns nicht denken, daß der Admiralstab und das Reichsmarineamt ein solches Zerreißen der deutschen Flotte zugeben würden, wenn es von anderer Seite beabsichtigt wäre, und sind überzeugt, daß alles, was von deutschen Schiffen nach der Westküste Marokkos käme, nur Polizeizwecken dienen würde — also kleine Fahrzeuge, die überhaupt im Sinn der angeblichen englischen Besorgnis nicht in Betracht kommen können.

So liegen die Dinge, und es ist klar, daß die englische Furcht vor einer Störung des Gleichgewichts zur See gar nicht ernst zu nehmen ist — sie ist nur ein Vorwand und soll eine neue

Hemmung unserer kolonialen Entwicklung begründen, wie wir sie von England gewohnt sind seit dem Tage, wo Bismarck uns die ersten Gebiete über See gewonnen hat.

Aber England darf nicht darüber im unklaren gelassen werden, daß die deutsche Geduld auch ein Ende haben kann, daß sie ganz gewiß ein Ende haben wird, wenn man unser Vaterland an dem Erwerb einer Kolonie verhindern will, die unser Volk zur Sicherung seiner Zukunft gebraucht.

Jedenfalls wird Frankreich, wenn es sich, für seinen wahren und dauernden Vorteil blind, von England zu englischen Zwecken mißbrauchen lassen will, darüber nicht im Zweifel sein können, daß das Deutsche Reich gegebenenfalls sich zuerst an das benachbarte Frankreich halten wird.

Wenn wir von solchen Möglichkeiten gesprochen haben, so geschah es allein in der Abwehr gegen die unfreundlichen Absichten Englands und um den vollen Ernst der sich ergebenden Folgen zu zeigen — es braucht und soll nicht betont werden, daß wir eine friedliche Lösung wünschen, wenn die berechtigten Ansprüche unseres Vaterlandes dabei gewahrt werden.

Und allen denen, die eine lange Fortdauer des Friedens wünschen, sei gesagt, daß das Deutsche Reich, jetzt 40 Jahre lang seine Friedensliebe beweisend, nur einen Anlaß zum Angriffskriege haben kann; dann, wenn seine Grenzen zu enge geworden sind und wir Land haben müssen für unsere Volkszahl; wenn unser Landhunger dann nicht befriedigt wird, müßte das Schwert helfen. Not bricht Eisen. Wer uns heute dazu hilft, in Marokko ein Siedlungsgebiet für unsern Bevölkerungsüberschuß zu bereiten und auszubauen, schafft die sicherste Gewähr dafür, daß in absehbarer Zeit die Welt vom deutschen Volke keinen Angriffskrieg zu befahren hat.

* * *

Die Notwendigkeit ist es, die im Leben der Völker Rechte verleiht und Ansprüche begründet; wir glauben hinreichend dargetan zu haben, daß das deutsche Begehren nach einem Teile Marokkos politisch und sittlich gerechtfertigt ist, und glauben damit rechnen zu können, daß diesem Begehren schließlich kein ernstster Widerstand entgegengesetzt wird.

Zweierlei kann eintreten bei den Verhandlungen der nächsten Zukunft: es kann noch einmal der Versuch gemacht werden, die Sultansherrschaft wieder herzustellen, so daß die Aufteilung vorläufig unterbliebe, oder es kommt jetzt zur endgültigen Auseinandersetzung. Wir glauben an die erste Möglichkeit nicht, wollen sie aber mitberücksichtigen und sind der Ansicht, daß dann das Reich sich seine „Interessensphäre“ sichern müßte.

Bei deren Bemessung wird auszugehen sein von Agadir, dem Hafen der Landschaft Sus, und wir verweisen für die nachstehende kurze Darlegung auf die beigegebene Karte.

Daß Sus bei den Verhandlungen für uns in Anspruch genommen wird, ist selbstverständlich, und dies Gebiet wird einen erfreulichen Gewinn für uns darstellen; ist es auch landwirtschaftlich nicht so wertvoll, wie die Schauja und nicht so erzeich, wie etwa die Minen bei Melilia, so lohnt sich die Mühe darum doch, und es wird nach beiden Richtungen hin reiche Früchte tragen.

Aber die Landschaft Sus ist für das Bedürfnis, das sie befriedigen soll, nicht ausreichend, und wir empfehlen, das südlich anstoßende Flußgebiet des Wa Draa, sowie die Küstenstrecke bis Kap Juby einzuschließen. Beide sind bisher wenig beachtet und erscheinen nicht eben wertvoll, aber sie lassen sich ertragreich gestalten — besonders auf das Gebiet des Wa Draa sei aufmerksam gemacht; dieser Fluß fließt unterirdisch, aber sein Gewässer findet sich so nahe an der Erdoberfläche, daß es mit Windmotoren unschwer gepumpt werden kann. Auf diese Art ließe sich die künstliche Bewässerung der Gegend bewerkstelligen, so daß sie bald landwirtschaftlich auf der Höhe wäre; unter dieser Voraussetzung wird sie von Kennern als ganz besonders für den Baumwollbau tauglich bezeichnet.

Nach innen und nach Norden dürfte nicht auf das Gebiet des Atlas verzichtet werden, sowohl wegen des Erzvorkommens, als besonders wegen der Verteidigung gegen Frankreich, das ja unser Nachbar würde — wie wir wünschen, nur von Innen, von Osten her; der Atlas bietet mit seinen Pässen ausgezeichnete Gelegenheiten zur Verteidigung, wo mit geringfügigen Streitkräften jeder Feind ferngehalten werden kann.

Endlich aber wäre nötig, damit wir einigermaßen unsere Landnot befriedigen, daß auch nach Norden über den Atlas hinausgegangen wird; um unsere Gleichstellung mit Frankreich zu betonen, das die eine Hauptstadt Fes besetzt hat und wohl nicht mehr preisgibt, müßten wir die zweite Hauptstadt Marrakesch, und, wiederum im Hinblick auf den Umfang der französischen Besitzergreifungen, die Vorschreibung der Grenze bis zum Umer Kebia verlangen. Das ergäbe die Grenzen der „Interessensphäre“, wie sie auf unserer Karte rot eingetragen sind; daß die innerhalb dieses Gebietes liegenden Orte, soweit sie von den Franzosen besetzt sind, geräumt werden müßten, versteht sich von selbst.

Aber wie die Dinge heute liegen, glauben wir nicht an die Möglichkeit einer solchen vorläufigen Regelung und meinen, daß der Zeitpunkt der endgültigen Aufteilung gekommen ist. Bei einer solchen müssen wir das eben umschriebene Gebiet vom Umer Kebia bis zum Kap Juby beanspruchen, können aber im Hinblick darauf, daß die ganze nordöstliche Hälfte dann an Frankreich fällt, nicht einsehen, weshalb ihm die unter zahllosen Beugungen des durch die Algesiras-Alte geschaffenen Rechtes besetzte Schauja mit Casablanca belassen werden soll. Ein irgendwie begründeter Anspruch Frankreichs auf dieses Gebiet besteht nicht — kein Zweifel, daß es sich heute zurückziehen müßte, wenn das Deutsche Reich darauf bestünde; es hat auch nicht das Bedürfnis, hier an dem atlantischen Ozean zu liegen, da es weiter südlich genügend Küstengebiet besitzt und im Mutterlande selbst eine lange Küste nach dem Weltmeere hat. Für die Volksbesiedlung braucht es das Land aber erst recht nicht, da es eine jedem

halbwegs Unterrichteten bekannte Tatsache ist, daß die französische Bevölkerung nur durch die Zuwanderung aus Elsaß-Lothringen, Belgien und Italien davor bewahrt bleibt, daß die Todesfälle die Geburten übersteigen — daß also die Volkszahl zurückgeht.

Wie anders unsere Lage! Wir meinen, daß bei den Verhandlungen über die endgültige Aufteilung das Deutsche Reich sich ruhig und offen auf den Boden der durch die rasch wachsende Bevölkerung geschaffenen Notwendigkeit stellt und darauf hinweist, daß es dem Weltfrieden nur dienen kann, wenn das deutsche Landbedürfnis jetzt, bei dieser Gelegenheit, so ausreichend befriedigt wird, daß ein weiteres Bedürfnis in absehbarer Zeit nicht entsteht.

Unter diesem Gesichtspunkte schlagen wir für den Fall der endgültigen Aufteilung vor, daß außer dem oben besprochenen, rot umzogenen Gebiete noch der Landstrich zwischen dem Umer Rebia und Rabat nördlich und dem Atlas nach Osten verlangt werde; der blau umzogene Teil der Karte veranschaulicht dies Gebiet, das nach Norden zu in dem Sebu eine brauchbare Grenze erhält.

Dann hätte unser Vaterland wirklich eine Kolonie Westmarokko, die mit ausreichender Küste vom Sebu bis zum Kap Jubu und mit genügendem Hinterlande ausgestattet allen Zwecken dienen könnte, die ihr Begehren zur Notwendigkeit machen: denn

es wohnen in diesem Gebiete jetzt nach zuverlässigen Schätzungen noch nicht zwei Millionen Menschen, so daß noch viele Millionen Deutscher Platz finden werden;

das Klima ist so, daß sie nicht entarten werden; sie werden dem Mutterland Erz und Baumwolle erarbeiten und von ihm die Erzeugnisse seines Fleißes beziehen, wodurch der heimatischen Industrie ein auf weite Zukunft aussichtsreicher neuer Markt — die beste Sicherung gegen heimische Krisen — eröffnet wird.

Eine solche Kolonie West-Marokko hat der Alldeutsche Verband fast ein Jahrzehnt hindurch vorgeschlagen, beraten und unterstützt von den ersten Kennern von Land und Leuten; wenn er heute unter dem Eindrucke neuer Ereignisse denselben Vorschlag der deutschen Öffentlichkeit wiederum unterbreitet, so kann er darauf hinweisen, daß die Entwicklung der Marokkanischen Angelegenheiten genau den Verlauf genommen hat, den wir vorhergesagt haben; es sei auch versichert, daß wir jetzt wiederum den Rat unserer land- und leutekundigen Gewährsmänner eingeholt haben, und daß ihre Meinung lautet:

West-Marokko deutsch vom Sebubis Kap Jub y!
Bei solcher Berücksichtigung des deutschen Bedürfnisses kommt Frankreich wahrlich nicht zu kurz; ihm fiele alles Land zwischen der deutschen Binnengrenze und seiner eigenen algerischen Grenze zu — abgesehen von dem Teile im Nordwesten, der aus geschichtlichen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen den Spaniern zuzusprechen wäre. Spanien bekäme die Nordwestecke, alles übrige, reichlich die Hälfte des ganzen Landes, aber Frankreich.

Und es wird und muß damit zufrieden sein, da es schließlich ja offen auf der Hand liegt, daß seine Machtgier diesmal nicht mit dem Kopfe durch die Wand kann.

* * *

Wer unser öffentliches Leben beobachtet, konnte seine fast ungetrübte Freude haben an der Aufnahme, die die Nachricht vom 1. Juli in unserer Volke gefunden hat. Zwanzig Jahre unfruchtbarer äußerer Politik haben ihre Spuren gegraben — nicht eben erfreuliche; die Freude am eigenen Staate, seiner Macht, seiner Leistungsfähigkeit, die zu den sog. „Imponderabilien“ gefunden völkischen Lebens gehört, war verloren gegangen, mindestens verkümmert. Wie oft mußte man, wenn auf einen Anlauf der Rückzug folgte, die bittere Frage hören: „Sind wir ein besiegtes Volk? — Wofür unser starkes Heer? — Ja, wofür überhaupt noch eine Diplomatie?“

Kein Zweifel, die mageren Jahre unserer auswärtigen Politik haben der, andern Quellen entsprungenen, Verstimmung reiche

Nahrung zugeführt, und man wird annehmen können, daß sie gerade auf die zur politischen Führung berufenen gebildeten Schichten niederdrückend gewirkt haben.

Und jetzt, wo unsere Staatsleitung nur tut, was ihre Pflicht ist, wo sie nicht anders kann — jetzt erleben wir etwas wie ein frohes Aufatmen; es klingt wie „Gott sei Dank“ durch unser Vaterland.

Darin liegt etwas, wie ein Urteilspruch über die tatenlose Vergangenheit — aber auch ein Lob für die Männer, die jetzt die auswärtigen Geschicke unseres Volkes leiten, der Zuruf an sie, daß sie recht gehandelt, daß sie den Beifall ihrer Landsleute haben, daß diese hinter ihnen stehen und sich des ersten Schrittes auf neuer Bahn freuen.

Aber es ist eine Nachwirkung der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, daß da und dort die Frage auftaucht: Wird die Regierung diesmal durchhalten?

Nun darauf wird man mit guten Gründen antworten können: sie wird durchhalten! Den Schritt hätte keine Regierung unternommen, die nicht die Folgen überdacht hätte und sie auf sich zu nehmen entschlossen wäre. Sie wird durchhalten, weil sie den Willen und den sachlichen Ehrgeiz haben muß, ihrem Volke zu nützen. Sie wird durchhalten, weil sie das rasch gewonnene Vertrauen ihrer Landsleute nicht aufs Spiel setzen kann.

Noch liegt kein Anlaß vor, die Staatsmänner, die unbedingt Notwendiges getan, überschwenglich zu preisen; ihr Ruhm soll und wird verkündet werden, wenn sie dem löblichen Anfang die staatsmännische Tat folgen lassen!

Bei der Arbeit, der schweren, die jetzt vor ihnen liegt, dürfen sie gewiß sein, daß die Besten im Vaterlande nach dieser Tat sich sehnen, und daß sie bereit sind, den Männern Gefolgschaft zu leisten, die unserm Volke seine unverkümmerte Zukunft sichern wollen.

Der Widerhall, den die gute Kunde vom 1. Juli im deutschen Lande erweckt hat, redet eine deutliche Sprache; wer hören will, entnimmt ihr die Losung:

West-Marokko werde deutsch!

* * *

Der Druck der ersten Auflage dieser Flugschrift war bereits vollendet, als in einer Reihe von Zeitungen, die erfahrungsgemäß als Sprachrohr des Auswärtigen Amtes benützt werden, die Andeutung auftauchte, daß das Deutsche Reich in Marokko keinen Landerwerb zu suchen brauche, sondern sich anderswo schadlos halten könne, falls in Marokko den Deutschen wirtschaftliche Vorteile gesichert würden; im Verlauf weniger Tage verdichtete sich diese Andeutung zu der mehr oder weniger umschriebenen Erklärung, daß man Marokko politisch den Franzosen überlassen solle, wogegen diese uns neben einer Berichtigung der deutsch-französischen Grenze in Kamerun durch Abtretung eines Teiles des französischen Kongo und wirtschaftliche Gleichstellung in Südwest-Marokko „Kompensationen“ gewähren sollten; diese Politik wurde angelegentlichst als ein „Handelsgeschäft“ empfohlen, wobei unser Vorteil in dem Erwerb eines „gewaltigen Kolonialreiches“ bestehe.

Nach der Art, wie dieser Pressfeldzug eingeleitet und geführt wurde, ist es immerhin zweifelhaft, ob er amtlichen Wünschen entspricht, oder gar bis in die Einzelheiten auf amtliche Anregung zurückzuführen ist. Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Aufnahme dieser Vorschläge in der ganzen unabhängigen Presse eine scharfe Ablehnung erfährt; mit vollstem Rechte wurde ausgeführt, daß eine solche Politik nichts anderes sein würde als ein Rückfall in die Gepflogenheiten Caprivis, und daß sie wichtigste Ansprüche preisgebe ohne halbwegs entsprechende Gegenleistung.

Es war erfreulich zu sehen, wie fast durchweg die Kernpunkte der Bedeutung Marokkos für uns klar erkannt wurden; ihre völlige Außerachtlassung bei der angeblich beabsichtigten Kompensationspolitik führte zu einer recht eigentlich vernichtenden Verurteilung dieser Pläne.

Es sei daher mit aller Entschiedenheit ausgesprochen: das gewaltige Kolonialreich am Äquator, von dem uns gesprochen wird, kann niemand verleiten — denn wir brauchen und wollen keine tro-

pische Kolonie, die vielleicht ein Gegenstand großkapitalistischer Ausbeutung, niemals aber zur Ansiedelung unseres Volksüberflusses benützt werden kann.

Es sei aber auch ausgesprochen, daß wir es trotz allem, was vorgegangen ist, für ausgeschlossen halten, daß das, was ein Teil der Presse vorschlägt, den wahren Absichten der Regierung, d. h. der verantwortlichen Männer entspricht; sie können nicht so schlechte Kenner ihrer Landsleute sein, daß sie ihnen nach dem Aufschwung von Agadir diese Enttäuschung bereiten wollten; sie können dem eigenen Volksleben nicht so entfremdet sein, daß sie die Stimmen ihrer Deutschen nach dem 1. Juli nicht verstanden haben sollten. Mag sein, der Diplomat sieht auf die „Ideologen“ ebenso von oben herab, wie Napoleon sie haßte — aber er vergesse doch nicht, daß die Idee, der Gedanke, die Mutter des Willens ist, der erst die Tat erzeugt.

Wir wollen und können nicht glauben, daß die Männer, die uns wieder hoffen gelehrt haben, bei der ersten großen Arbeit, an die sie herantraten, versagen sollten, und leben der Erwartung, daß sie nicht nur so flug und gewandt, sondern auch so tapfer, zäh und willensstark sind, wie das politische Werk es verlangt, das jetzt zu unseres Volkes dauerndem Vorteil vollführt werden muß.

Unsere öffentliche Meinung ist, durch zwanzig Jahre übler Erfahrungen wachsam gemacht, der auswärtigen Politik gegenüber mißtrauisch geworden; sie ist erwacht und das ist gut; sie wachzuhalten ist angesichts der traurigen Vorschläge, von denen wir sprechen mußten, die Pflicht aller Unabhängigen im Lande.

Dankbar und glücklich aber wollen wir sein, wenn diesmal das Mißtrauen durch die Tat widerlegt wird, wenn der zur Führung unserer auswärtigen Geschäfte berufene Diplomat beweist, daß er mehr ist — daß er der Staatsmann ist, den wir ersehen.



Bolage zu C148, West-Marokko — deutsch!

Druck von Justus Perthes in Gotha

J. F. Lehmann Verlag, München

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf from an old book. The paper has a slightly textured appearance and shows signs of wear, including creases and discoloration. A faint grid pattern is visible, suggesting the page was part of a ledger or a notebook. The page is set against a dark background, and the left edge shows the binding of the book.

Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe

Herausgegeben von der Hauptleitung des
Alldeutschen Verbandes.

Von der deutschen Presse des In- und Auslandes als ein ausgezeichnetes und hervorragendes Quellen- und Nachschlagewerk der deutschen Politik seit Bismarcks Scheiden aus dem Staatsdienst lange und lebhaft besprochen. Von den zahlreichen Äußerungen seien hier nur einige herausgegriffen:

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

... Das gesamte deutsche Volkstum umfleckte der Alldeutsche Verband als sein Wirkungsfeld. Stolz darauf darf er sein, als Rufer nach einer deutschen Flotte vorangegangen zu sein, lange bevor von der höchsten Stelle der Ruf, daß bitter not sei eine starke deutsche Flotte, erscholl, und ihm die Gründung des Flottenvereins folgte. Stolz darf er sein auf seine Förderung einer kraftvollen Polenpolitik, lange bevor die Umkehr vom Caprivischen Kurs und die Gründung des Ostmarkenvereins erfolgte. Alle Fragen unserer Kolonien, das Verhältnis zu England, das Schicksal der Buren, die Zukunft der Westmark wie der Nordmark, das Los des Deutschthums in den außerreichsdeutschen Ländern, die Marokkopolitik, die Abrüstungsfrage, selbst die Handelsverträge und die Kanalarbeiten, kurz alle politischen Fragen der letzten 20 Jahre zog der Alldeutsche Verband in den Bereich seiner Erörterungen, sie alle wußte er um den einen Leitstern der nationalen, deutschvölkischen Belangen zu gruppieren. Und so oft er der Erkenntnis der Regierung und der Volksmasse über die nationalen Notwendigkeiten vorauskam, ebenso oft hat ihm der Verlauf der Dinge recht gegeben.

Das „Kölner Tageblatt“:

„Was wir da vor uns haben, ist in seiner Gesamtheit eine interessante geschichtlich Urkunde und eine wertvolle Quellenchrift für die Kenntnis und Beurteilung der nationalen Zeitfragen, mögen sie, wie Ost-, West- und Nordmarkenpolitik, innerhalb der Reichsgrenzen liegen, oder wie die äußere, die Kolonial-, die Flottenpolitik, das ausländische Deutschthum und andere Fragen mehr uns weit hinausführen auf den Bahnen, die das Deutsche Reich als Weltmacht eingeschlagen hat.“

Das „Leipziger Tageblatt“:

... Wer das vorliegende Material ruhig und sachlich prüft, wird dem Verband das Zeugnis nicht versagen können, daß er in vielen Punkten für eine praktisch richtige Politik eingetreten ist, und daß er vor allem der selbstgestellten Aufgabe, das nationale Gewissen zu wecken und zu schärfen, gerecht geworden ist. Daß er oft auf diese seine Leistungen mit Stolz verwiesen hat, ist gegenüber der Fülle der Anweisungen von allen Seiten, die er erfahren hat und erfährt, gewiß verständlich.

Die „Post“:

... Eine Eigenschaft zeichnet die Alldeutschen vor allen Dingen aus, das ist die selbstlose Vaterlandsliebe.

Die „Ostdeutsche Rundschau“, Bromberg:

... „Mit Recht wird in dem Vorworte zu diesem etwa 470 Seiten starken Buche hervorgehoben, daß keine der großen Fragen, die unserer Politik in den letzten zwei Jahrzehnten gestellt wurden, ihre endgültige Lösung gefunden hat: „Das ist ja das besondere Merkmal der Reichspolitik dieses Zeitraums, daß auf keinem Gebiete ganze Arbeit geleistet wurde — selbst nicht auf denen, wo am meisten geschah wie in der Flottenfrage und der Polenpolitik.“

Die „Deutsche Zeitung“:

... Am heutigen zwanzigjährigen Gedenktage treten überwältigend die tatsächlichen Leistungen, die treue Arbeit und der unerschrockene Kampf dieser Leibgarde unserer nationalen Interessen in den Vordergrund der Betrachtung. In vollkommenem Zusammenklang mit der unabhängigen nationalen Presse haben sie meist fünf oder zehn Jahre früher, als die amtliche Politik dazu kam, in Heeres- und Flottenfragen, in Ostmarken und Ueberseefragen, in Siedlungs- und Auswanderungsangelegenheiten und in Sachen einer auswärtigen Politik, die sich der ungeheuren Volkskraft unseres 65 Millionen-Volkes innerhalb des Deutschen Reiches bewußt ist, Bekenntnisse abgelegt und Forderungen aufgestellt. „Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe“ nennt sich daher mit Recht das Buch, das der Verbandsvorstand zu dem heutigen Tage herausgegeben hat. Wir gedenken ausführlich darauf zurückzukommen.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, Mainz, Stadthausstr. 11, durch alle Buchhandlungen und durch die Dietrichsche Verlagsbuchhandlung Theod. Weicher, Leipzig. — Preis geb. M. 4.—

Der Alldeutsche Verband,

entstanden aus dem Widerspruch gegen den Zanzibar-Vertrag vom 1. Juli 1890, ist eine Zusammenfassung aller

Deutschgesinnten der entschiedeneren Tonart,

die ohne Rücksicht auf die Gunst oder Ungunst der Regierenden und der großen Masse, **unabhängig von den politischen Parteien und Fraktionen**, alles bekämpfen, was im und am deutschen Volke noch undeutsch ist, und die allen denen, die im Auslande oder Inlande um ihres Deutschtums willen bedrängt werden, hilfreiche Hand bieten.

Der Alldeutsche Verband hält die staatliche Entwicklung des deutschen Volkes nicht für abgeschlossen.

Im Innern will er

das Gewissen des deutschen Volkes

sein, nach außen strebt er

die Gemeinbürgerschaft aller deutschen Stämme

an, der hochdeutschen und der niederdeutschen.

In unserer Zeit der Halbheit, Lauheit und Zweckmäßigkeit will er die Deutschen zum Selbstbewußtsein, zur Unabhängigkeit und zur Festigkeit erziehen.

Sein Organ sind die

Alldeutschen Blätter,

die sich aus einfachen Mitteilungen zu einer angesehenen Wochenschrift entwickelt haben und die jedem Deutschgesinnten eine reiche Quelle von Anregung bieten.

Der Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf mindestens 2 Mark, das Bezugsgeld der Alldeutschen Blätter für die Mitglieder auf 4 Mark, für andere auf 6 Mark. Anmeldungen werden erbeten an die Geschäftsstelle des Verbandes

Mainz, Stadthausstraße 11.

Alles Wissenswerte über den Verband enthält das bereits in 14. Auflage vorliegende

Alldeutsche Werbe- und Merkbüchlein,

das gegen Einsendung von 50 Pfennig von der Geschäftsstelle des Verbandes, von den Ortsgruppen-Vorständen oder von J. F. Lehmanns Verlag in München bezogen werden kann.